

Schneller als der Algorithmus

Statementkarten

Impressum

Herausgeberin

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa

Sophienstr. 28 /29

10178 Berlin

Telefon: 0049 (0)30 – 280 95 146

Fax: 0049 (0)30 – 280 95 150

E-Mail: info@schwarzkopf-stiftung.de

www.schwarzkopf-stiftung.de

Autorinnen

Fanus Ghorjani

Naz Al-Windi

Illustration

Nursima Nas

Jahr der Veröffentlichung

2021

Lizenz

CC BY-NC-SA

Dieses Bildungsmaterial wurde im Rahmen des Fellowships „Medien & Demokratie“ von SPIEGEL Ed und der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa entwickelt.

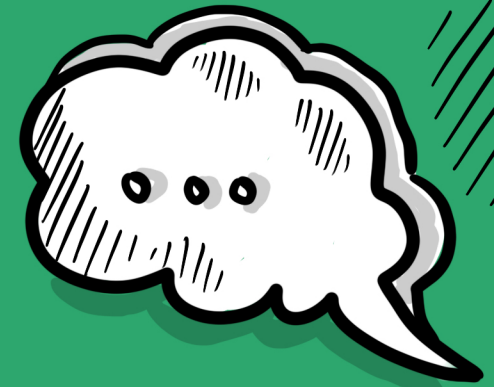
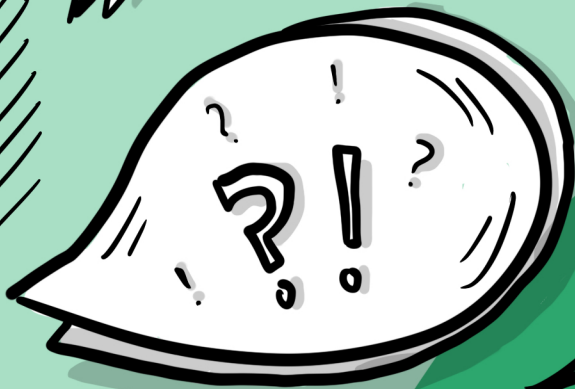


SPIEGEL Ed

Politische Kommunikation

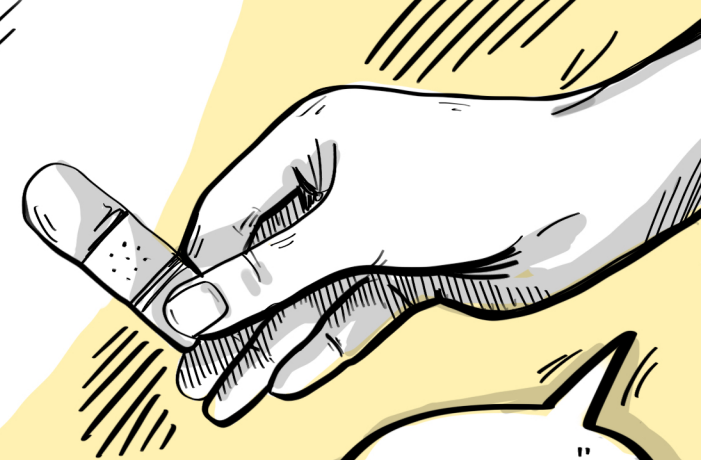
Welche Parteien stehen für welche Ideen und Überzeugungen?
Welche Gesetze wurden verabschiedet?
Welche Gesetzesentwürfe wurden von wem blockiert?

In Demokratien ist es wichtig aus verschiedenen Quellen über das Handeln von politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen informiert zu werden. Dieser wichtige Bereich wird meist als politische Kommunikation zusammengefasst. Die Informationen und Erkenntnisse, die uns über aktuelle Prozesse oder Ereignisse in der Politik zur Verfügung stehen nehmen stark Einfluss darauf, welche Meinungen wir bilden und wie wir uns politisch positionieren.



Demokratie in Gefahr

Rassismus, Diskriminierung, Rechtsextremismus, Korruption, soziale Ungleichheit, ökonomische Ungerechtigkeit, aber auch mangelndes Interesse der Bürger*innen an politischen Entscheidungen gefährden die Demokratie. Schaffen demokratische Systeme es nicht neben der Sicherheit und dem Schutz seiner Bürger*innen auch ihre Rechte und Freiheiten zu garantieren, scheitern sie als Demokratie. Dazu zählt auch der Schutz der Daten seiner Bürger*innen.



SCHUTZ FÜR
BURGER*INNEN
?!
..

SOZIALE UNGLEICHHEIT

RECHTSEXTREMISMUS

ÖKONOMISCHE
UNGERECHTIGKEIT

DEMOKRATIE

DISKRIMINIERUNG

RASSISMUS

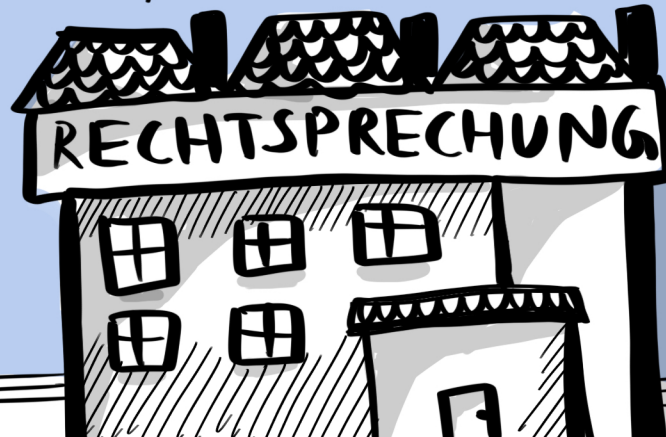
KORRUPTION

Kontrolle

Eine demokratische Regierung wird von dem Parlament kontrolliert. Eine besonders wichtige Rolle spielen hierbei die Parteien der Opposition, also diejenigen Parteien, die zwar im Parlament sitzen, jedoch nicht Teil der Regierung sind.

Die Gewaltenteilung dient als weiterer Kontrollmechanismus. Gesetzgebung, Rechtsprechung und die ausführende Gewalt müssen unabhängig voneinander arbeiten.

Aber der Staat muss nicht nur kontrolliert werden, er steht auch in der Verantwortung zu kontrollieren.



Rechte und Freiheiten



Dieselben Rechte & Pflichten für alle!

In einer Demokratie sollten allen Bürger*innen dieselben Rechte und Pflichten garantiert sein. Zum Beispiel das Recht zu Wählen.

Die Rechte und Freiheiten, die den Menschen in der Demokratie zustehen sind in der Verfassung festgelegt. Zu wichtigen demokratischen Rechten gehören zudem die allgemeinen Persönlichkeitsrechte, die das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz schützen sollen.

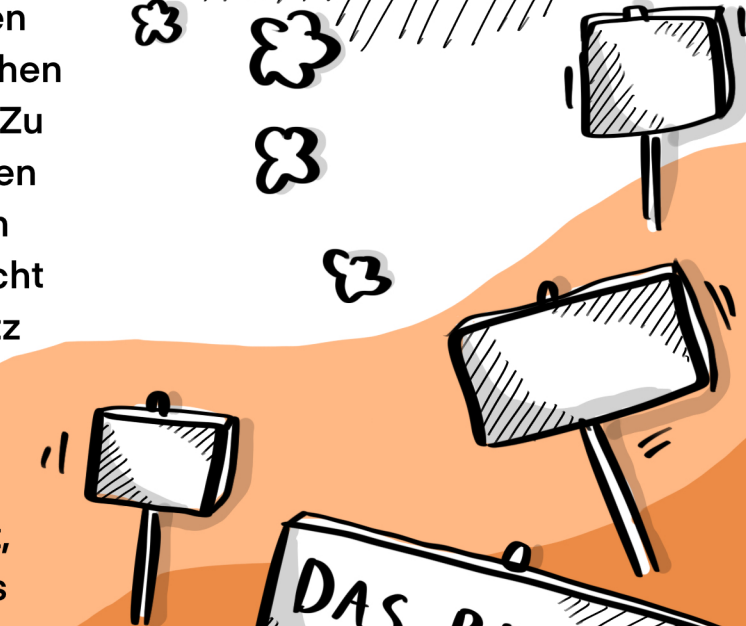
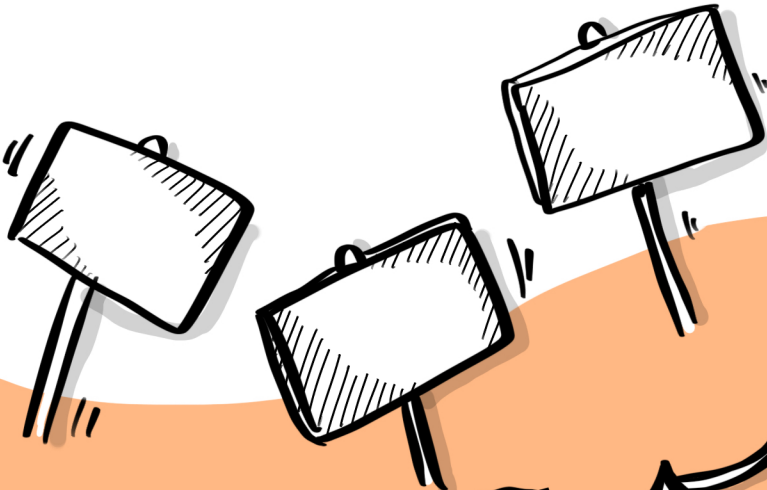
Auch Minderheitenschutz ist ein wichtiges demokratisches Recht, das versucht zu verhindern, dass Minderheiten im demokratischen Prozess übergangen werden.

DAS RECHT AUF
PRIVATSPHÄRE

DATENSCHUTZ

MINDERHEITEN!
-SCHUTZ!

DAS RECHT
ZU WÄHLEN

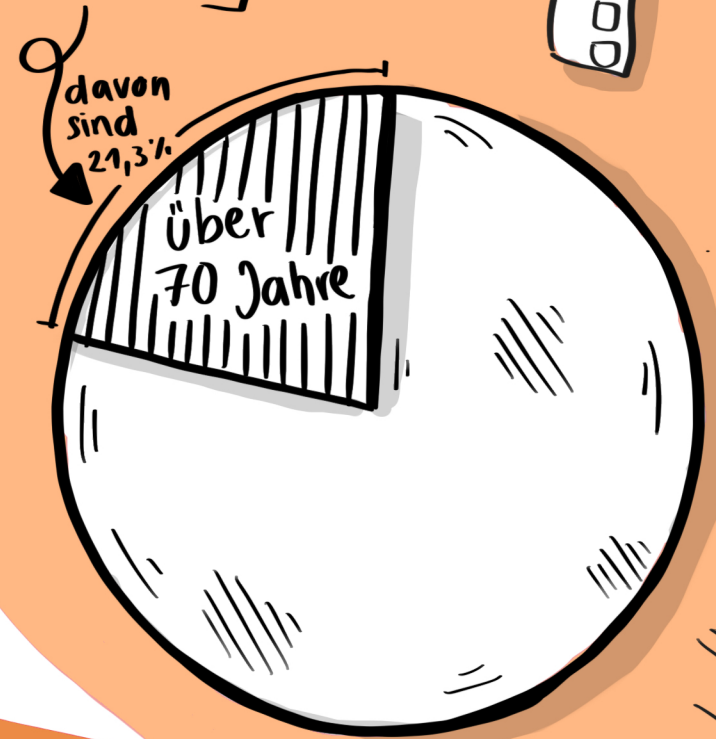


Wahlen

Wahlen sind die Mindestanforderung an eine Demokratie. In Deutschland gelten folgende Wahlgrundsätze: allgemein, unmittelbar, gleich, frei und geheim.

In demokratischen Ordnungen wird durch Wahlen entschieden welche Parteien und Personen legitimiert sind Macht und Herrschaft auszuüben. Wahlen finden in regelmäßigen Abständen statt, um die Macht der regierenden Parteien einzugrenzen. 2021 sind nur 60,3 Millionen Menschen in Deutschland wahlberechtigt, das bedeutet dass die Stimmen, Interessen und Forderungen von 23 Millionen Menschen nicht berücksichtigt werden. Über 70 Jährige bilden mit 21,3% die größte Gruppe der Wahlberechtigten.

Wahlberechtigt:
60,3 Millionen von
83 Millionen



allgemein

unmittelbar

gleich

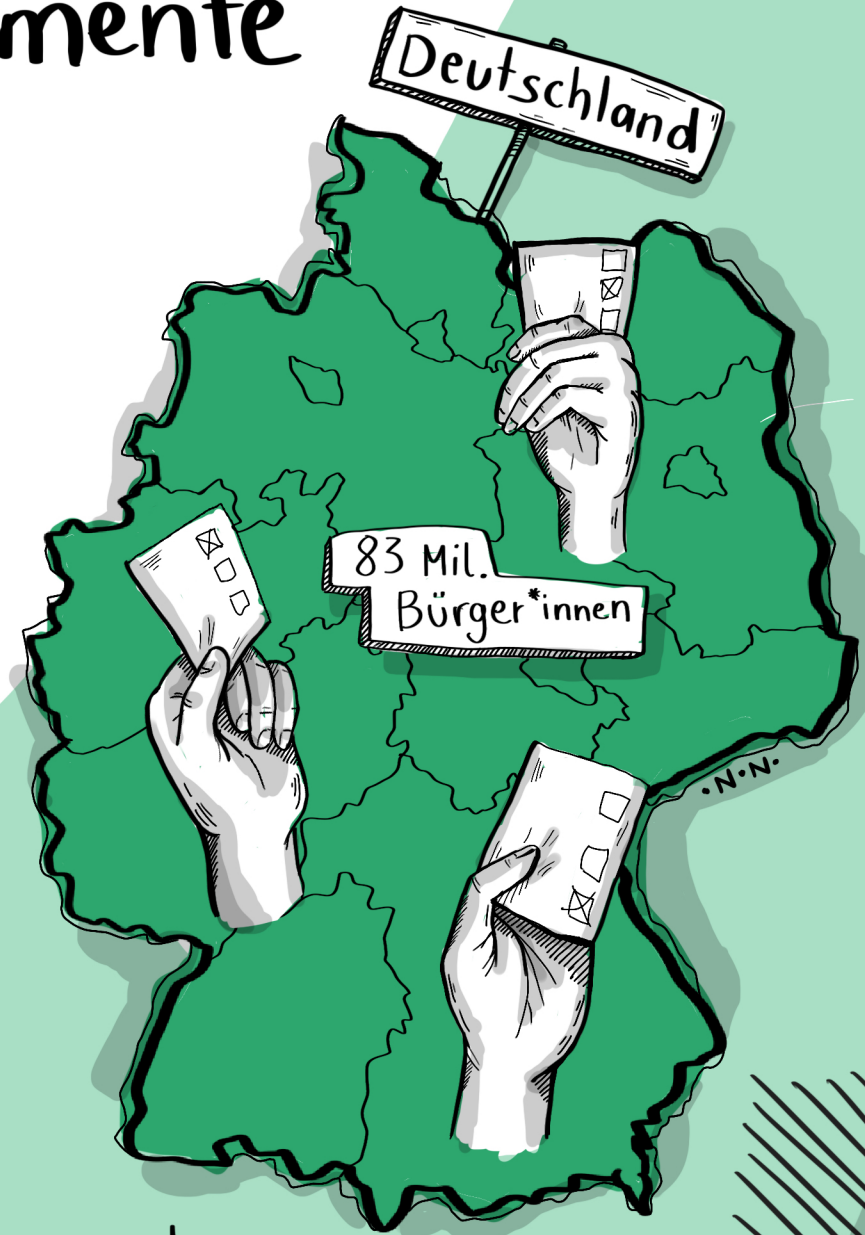
frei

geheim

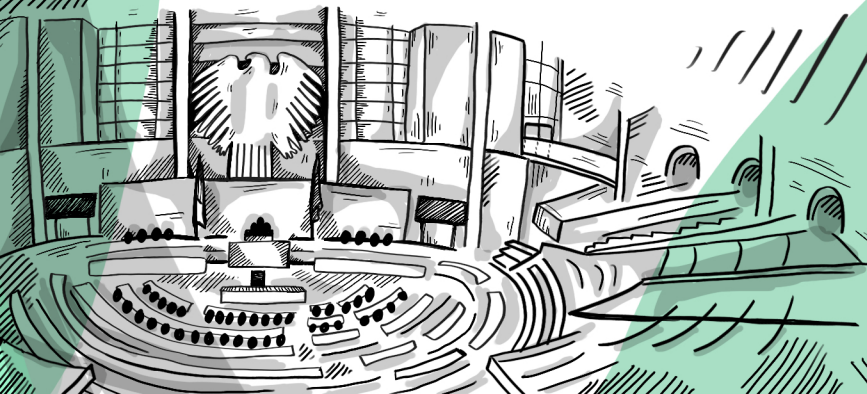
Repräsentation und Parlamente

Die moderne Form der Demokratie ist eine repräsentative. Im Gegensatz zur Versammlungsdemokratie in Athen haben sich die Größen politischer Einheiten heutzutage stark verändert. Das bedeutet im Falle der Bundesrepublik Deutschland, dass Entscheidungen nicht mehr nur für ein kleines Dorf getroffen werden, sondern für ein ganzes Land. Weil es schwierig ist gemeinsam mit 83 Millionen Bürger*innen Entscheidungen zu treffen, werden in repräsentativen Demokratien Abgeordnete gewählt, die die Meinungen, Interessen aber auch Biografien ihrer Wähler*innenschaft im Parlament vertreten.

In Parlamenten werden Gesetze diskutiert und verabschiedet, außerdem kontrolliert das Parlament die Regierung. Das Verhältnis von Repräsentierten (Wähler*innen) und Repräsentant*innen (Abgeordneten) beruht auf Vertrauen. Fühlen sich die Wähler*innen nicht ordentlich vertreten können sie den Abgeordneten bei der nächsten Wahl ihr Vertrauen entziehen.



Repräsentative Demokratie



Die Haitianische Revolution

1804

WIR FORDERN:

Befreiung
Aller!

Freiheit

Gleich-
heit

1804 wird der Staat Haiti gegründet, der in seiner Verfassung umfassende, universelle und radikale Ideen von Freiheit und Gleichheit vertritt. Den Grundstein für diese Verfassung, die Sklaverei, koloniale Abhängigkeit und Diskriminierung verbietet, legt die Haitianische Revolution, die als Sklav*innenaufstand 1791 beginnt.

Anders als die französische oder amerikanische Revolution, die heutzutage als Geburtsstunde der modernen Demokratie verstanden werden, forderte die erste Schwarze Republik in Haiti die Befreiung aller Menschen, nicht nur europäischer und nordamerikanischer Männer.

HAITI



dēmos und kratie – Die Herrschaft des Pöbels

Die erste Demokratie entstand in Athen. Das besondere an der neuen Herrschaftsform war, dass alle freien und gleichen Bürger an der Regierung teilhaben durften, also auch arme und mittellose Menschen, die bisher politisch unbeachtet geblieben waren. Politische Entscheidungen wurden unmittelbar von allen Anwesenden getroffen und sollten dem Gemeinwohl dienen.

Frauen, Sklaven und Metöken wurden nicht als Teil des dēmos anerkannt und konnten sich daher weder an den Wahlen noch an den Versammlungen beteiligen. Menschen, die sich politisch nicht engagierten wurden als idotes bezeichnet.

"idotes"?

